

hat, und so gesehen, war Jalta gar nicht so schlecht. Der Geist der Abrede, der Text, ließ beide Weltmächte den Interessensbereich der anderen respektieren.

Deshalb, aus der Logik einer in Jalta begründeten bipolaren Welt, leisteten die Amerikaner den aufässigen Ost-deutschen 1953, den Ungarn 1956, den Tschechoslowaken 1968 und nun den Polen keine Hilfe. Deshalb nahmen sie 1961 die Berliner Mauer hin. Deshalb auch empfahl Stalin nach dem Krieg Frankreichs und Italiens Kommunisten, keine Volksfrontregierungen zu errichten, verzichtete Breschnew auf Umsturzversuche in Spanien oder Portugal.

Selbst Sowjethasser Reagan hält sich an die Jalta-Logik: Trotz seines Protestes gegen das herrschende Kriegecht in Polen wolle er nicht, daß das polnische Volk „irgendwie zu der Ansicht gelangt, es erhalte Hilfe, und auf die Barrikaden geht“, so der US-Präsident in einem Rundfunkinterview zu Jahresanfang.

Dabei hatten die Jalta-Drei, als sie die Welt wie eine Siegesbeute aufteilten, unwissentlich auch ein Scheitern dieses Konzepts einprogrammiert, weil sie die Betroffenen nicht fragten.

Der Friede blieb unstabil, da sich die Völker wehrten, Rußlands Zugewinn erwies sich als ein Danaergeschenk, was nicht einmal Churchill voraussah: Moskau besitzt seither ein Imperium, das es auf Dauer nicht zu halten vermag und mit dessen Konflikten es sich selbst in Gefahr bringt. Polen liefert den Beweis.

Stalins Epigonen empfanden die Natur des Danaergeschenks. Nachfolger Malenkov bot 1955 ein Ende der Blockspaltung an: kontrollierte freie Wahlen für ein gesamtdeutsches Parlament.

Als statt dessen die Bundesrepublik der westlichen Militärrallianz beitrat und

darauf in Warschau die Ost-Nato („Warschauer Pakt“) gegründet wurde, sah der Vertrag deren Auflösung vor, sobald ein System der kollektiven Sicherheit für ganz Europa gefunden werde. Der Ostblock holte den Vorschlag in Stunden der Gefahr immer wieder hervor, zuletzt elf Tage vor Jaruzelskis Coup.

Auch Helsinki, 30 Jahre nach Jalta, war als ein Schritt in diese Richtung gedacht. So lassen sich Moskaus Konzessionen erklären: Da wurden mitnichten Jalta-Grenzen festgeschrieben, wie rechte Helsinki-Kritiker behaupten, sondern nur gewaltsamen Veränderungen abgeschworen – nicht aber friedlichen, vertraglichen Korrekturen.

In Helsinki wurden westlich definierte Menschenrechte und sogar ein Stückchen Freizügigkeit zwischen Ost und West festgelegt. Die Ergebnisse forderten, so damals die Londoner „Times“, „von der Sowjet-Union einen größeren Verhaltenswandel als von den westlichen Ländern“, sogar mit praktischen Auswirkungen – Wandel durch Annäherung.

Die Brisanz der Helsinki-Akte im Angesicht der Polenkrise erkannte auch der Kreml. Seine „Prawda“ berief sich rasch auf die ausdrückliche Helsinki-Garantie der Nichteinmischung – gegen Westkommentare und US-Sanktionen. US-Außenminister Haig will die Jaruzelski-Diktatur vor eine Konferenz der Helsinki-Außenminister bringen. Auch das Anti-Jalta Helsinki ist janusköpfig – sonst wäre es nicht zustande gekommen.

„In Jalta haben die Westmächte ihre Rechnungen mit Stalin beglichen, die Bezahlung war Polen“, analysierte der polnische Rebell Jacek Kuron 1980, damals noch in einem Untergrundblatt. „Wir wurden der Gnade oder Ungnade der Sowjet-Union ausgeliefert, und seither gab es – wie in einer griechischen Tragödie – keine guten Lösungen mehr.“

Zumindest den Polen ist diese Sicht erlaubt.

POLEN

Tiefe Narben

Trotz neuer Ostblockhilfen kommt General Jaruzelski mit der Wirtschaft nicht zurecht. Und Zustimmung bei der Volksmehrheit findet er gleichfalls nicht.

In seiner Neujahrsansprache hatte Staatspräsident Jablonski Volk, Parteien, Gewerkschaften und Kirche zur nationalen Verständigung und zum Aufbruch in eine bessere Zukunft eingeladen: „In Polen ist für alle Platz.“

Ganz wörtlich war das wohl nicht gemeint. Denn vier Tage später sondierte Kriegsherr General Jaruzelski bei einem Empfang für die Botschafter der zehn EG-Staaten, ob der Westen bereit sei, Dissidenten und Gewerkschaftsführer, die noch immer in den Isolierungslagern festsitzen, bei sich aufzunehmen.

Nach heftiger Reaktion im Westen (Belgiens AA-Chef Tindemans: „Eine grausame Frage“) beeilte sich die Warschauer Führung zu dementieren, daß sie die Absicht habe, politische Gegner über die Grenze abzuschieben.

Aber dementiert hat im Jahr 1977 auch der CSSR-Präsident Husák seinen Versuch, die Unterzeichner der Prager Bürgerrechtsakte „Charta 77“ im geheimen Handel mit Österreichs Kanzler Kreisky in einem Schub an die Wiener loszuwerden. Gekommen sind sie – wenn auch einzeln – später dann doch.

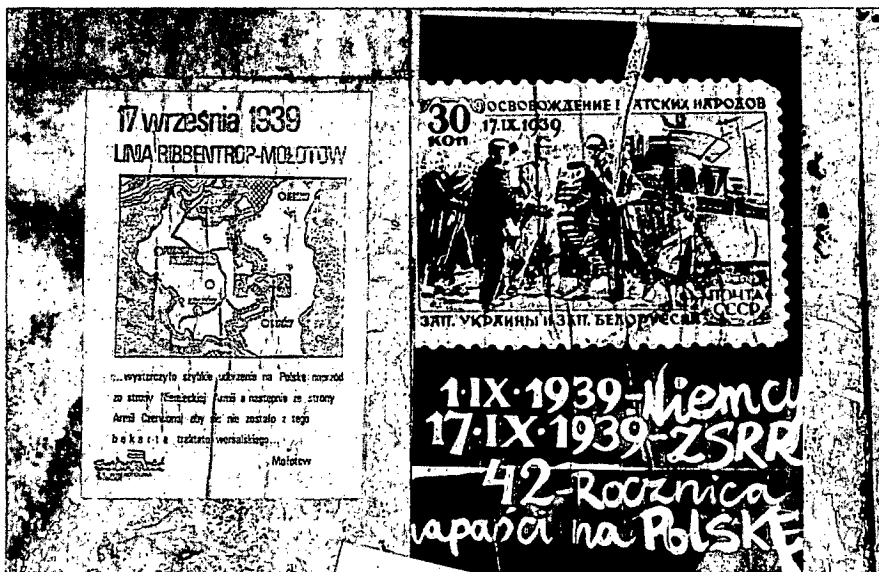
Jaruzelskis Rückgriff auf derartige Praktiken zeigt, daß Warschauer Militärs auch nach der vierten Woche ihrer Herrschaft die Lage im Land noch nicht voll unter Kontrolle haben.

Was trotz der von ihnen verhängten Nachrichtensperre immer deutlicher wird: Jaruzelski ist mit seiner Absicht gescheitert, durch den Schock des Putches vom 13. Dezember die zerstrittenen Lager zum Konsens für seine nationale Rettungsaktion zu zwingen. Die Rechnung des Generals, das Kriegecht möglichst noch vor Jahreswende durch eine politische Lösung auf breiter Basis abzulösen und unter dem militärischen Schild von Law and Order zur disziplinierten Tagesordnung überzugehen, ging nicht auf.

So bleibt dem General – in der Logik der Militärs – nur der Weg, seinen Willen mit Härte durchzusetzen. Wie in der Verkündung des Kriegechts schon angedroht, überzieht eine Welle von Abschreckungs-Prozessen das Land. Bis vorigen Donnerstag wurden 428 Polen, überwiegend Mitglieder der Gewerkschaft „Solidarität“, wegen Streikvorbereitung, Flugblattverteilung oder „Aktivitäten in einer verbotenen Organisation“ zu Gefängnisstrafen verurteilt. Berufung gibt es gegen diese Urteile nicht.

Mit der Prozeßlawine haben die Militärs, so scheint es, zwar den letzten

* Links: mit Landkarte der „Ribbentrop-Molotow-Linie“ vom 17. September 1939; rechts: mit sowjetischer Gedenkbriefmarke zur Annexion Ostpolens und der Parole: „1. 9. 1939 Deutsche / 17. 9. 1939 UdSSR. 42. Jahrestag des Überfalls auf Polen.“



Antisowjetisches Plakat in Polen 1981*: „Kommunismus paßt nicht zu Polen“

„Wir rechnen mit Eurer Hilfe!“

Ein in den Westen geschmuggelter Brief aus dem polnischen Untergrund

Ein polnischer Emigrant im Westen erhielt aus Polen einen Brief, den er dem SPIEGEL zur Verfügung stellte. Die Namen des Absenders und des Empfängers sind der Redaktion bekannt.

Lieber, kannst Du Dich noch an Lunser letztes Gespräch erinnern, als ich Dich fragte, ob Du (nach Polen) zurückkommst? Und an unser letztes Telefonat, als wir ehrgeizige Pläne für die Zukunft schmiedeten?

Inzwischen bist Du Emigrant, bin ich „Flüchtling“ geworden. Jurek Zieliński (oppositioneller Journalist von „Zycie Warszawy“) sprang nach der Verhängung des Kriegszustandes aus dem Krankenhausfenster. Er wurde – was für eine Ironie! – neben Bartosz Janiszewski (parteitreuer Publizist) begraben. Im Trauerzug wimmelte es von Polizeiagenten.

In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember wurde massenhaft festgenommen, mancherorts unter Aufbrechen von Wohnungstüren. Aus unserem Freundes- und Bekanntenkreis sind fast alle verhaftet, ebenso sämtliche „Solidarność“-Aktivisten, in größeren Werken bis zum Betriebskomitee-Vorsitzenden.

Manche sind entkommen, ich zum Beispiel: Zufällig verbrachte ich jene Nacht außer Haus. Auf unserer Liste der Internierten stehen bisher etwa 350 Namen, aber das ist nur ein Bruchteil, und nur aus Warschau.

Heute, am Montag, dem neunten Kriegstag, sah ich zum ersten Mal, wie man Menschen aus den Bussen herausholte: Ausweiskontrolle, Gepäckdurchsuchung. Bislang beschränkten sich die Kontrollen auf Autos, auf die Zeit der polizeilichen Ausgangssperre, auf Orte, in denen Flugblätter verteilt wurden.

Deshalb fühlte ich mich zunächst sicher. Als ich aber sah, wie Menschen aus den Bussen geholt wurden, spürte ich, wie meine Sicherheit schrumpfte, ich spürte es körperlich.

Meine Papiere sind denkbar schlecht – im Personalausweis ein „Solidarność“-Stempel, im Handgepäck habe ich lauter Verdächtiges: Handtuch, Zahnbürste, Schlafzeug, Wäschegarnitur.

Ein ähnliches Gefühl – eine Art von Klaustrophobieanfall – hatte ich, als bekanntgegeben wurde, daß Reisen innerhalb des Landes ohne Passierschein überhaupt verboten sind: Anfangs durfte man seinen Wohnort noch für 48 Stunden verlassen.

Sie sagten, daß sie mir meine Klei-
ne wegnehmen und in ein Kinder-

heim geben könnten. Wenn Du wüßtest, wie ich diese Leute hasse! Wegen Jurek Zieliński, wegen Kinga Kowalska, die sie zusammen mit ihrem Sergius holten und deren Säugling sie in ein Kinderheim brachten und wegen Ludka Wujec, die sie mit Gewalt aus der Umarmung des schluchzenden Pawelek rissen. Der schrie: „Ihr habt mir den Vater weggenommen, dann laßt mir doch wenigstens meine Mutter!“

So also teile ich Dir, und zwar ganz offiziell, mit, daß ich Antisozialist geworden bin, daß mir das System nicht gefällt und daß ich es herzlich gerne stürzen würde, am liebsten unter Anwendung von Gewalt. Irgendwie ist mir danach geworden.

Mit meinem Töchterchen haben wir uns im Park getroffen. Sie fragte: „Wann wirst Du mich nach Haus holen?“ Ich antwortete: „Nach Kriegsende.“ Ich sehne mich nach ihr wie ein Hund.

Entschuldige, daß dieser Brief statt Informationen jämmerliches Klagen enthält. Aber ich mußte so schreiben. Unsere Informationen sind sehr lückenhaft, nicht überprüft. Wir machen uns erst daran, sie zu bearbeiten.

Und nun zu unseren Bitten:

Erstens, tut etwas, damit eine Kommission des Roten Kreuzes oder von Amnesty International kommt und die Lebensverhältnisse in den Internierungsorten untersucht!

Die Familienangehörigen wurden über den Aufenthaltsort der Festgenommenen nicht informiert, sie dürfen ihnen weder Pakete noch Briefe senden. Von den Freigelassenen erfuhren wir, daß im Männergefängnis Warszawa-Bialoleka und im Frauengefängnis Olszynka (bei Warschau) die Bedingungen schlecht sind: Hunger und Kälte. Neuerdings wurden Häftlinge verlegt, weiß Gott wohin, hoffentlich nicht nach Rußland.

Zweitens: Weist auf die internierten Mütter hin! Allein in Warschau gibt es zwei Heime voller Kinder, denen man ihre Eltern genommen hat.

Drittens: Pakete an alle Euch bekannten Anschriften!

Viertens: Sammelt Geld und denkt nach, wie man es transferieren kann. Viele Menschen sind ohne Arbeit, ohne Lebensmittelkarten und ohne eigene vier Wände; sie müssen sich verstecken.

Sie haben die ganze Familie Romaszewski festgenommen; außer Jacek

(Kuroń) nahmen sie Grazyna (dessen Ehefrau) und Maciek (Sohn) mit; die Lityńskis, Bieliński, Grzesiak, Boguta, Adam (Michnik) wurde schwer geschlagen.

Jan Józef Lipski haben sie von „Ursus“ (Traktorenwerk bei Warschau) geholt, wo er eine wunderschöne Ansprache gehalten hatte. Danach haben sich die Männer, ein paar hundert an der Zahl, in einer Werksabteilung eingeschlossen und blieben dort so lange, bis sie von der Zomo (Motorisierte Spezialeinheiten der Polizei) überwältigt wurden.

Andrzej Celiński (Walesas Sekretär, KOR-Mitglied) wurde geprügelt, weil er von seinem Balkon fast die ganze Wohnsiedlung per Megaphon alarmiert hatte; dank dieser Tat konnten sich viele noch im letzten Augenblick retten.

Das Schicksal etlicher Menschen ist unbekannt. In ihren Wohnungen sind sie nicht; keiner weiß, ob sie eingesperrt wurden oder ob sie sich verstecken.

Streiks fanden fast überall statt: in der „Lenin“-Hütte (bei Krakau), dem Hüttenwerk „Katowice“, dem „Pafawag“ (Waggonfabrik in Breslau), in den petrochemischen Kombinat Plock und Pulawy, den „Cegielski“-Werken (Lokomotiven- und Maschinenfabrik in Posen). Gestreikt wurde fast in ganz Breslau, Krakau, in den meisten Kohlezeehen, den Werften, Häfen, in der „WSK“ (Waggonfabrik) in Swidnik, in einem Teil der Lodzer Betriebe.

Dann überall das gleiche Szenarium: Den Angriff führt die Zomo, unterstützt von Armee-Einheiten und Hubschraubern. Nach erfolgter „Pazifizierung“ beginnen die Streiks erneut, für ein paar Stunden, in einzelnen Werksabteilungen. Sie schwelen und glimmen, werden erstickt, um nach einigen Tagen wieder aufzufammen.

Nach fünf Jahren sind wir nun wieder an den Ausgangspunkt zurückgeworfen, vielleicht sogar noch weiter. Nur, daß sich die Leute – trotz allem gibt es doch Früchte des Augusts – nicht mehr so sehr fürchten. Eine Übernachtung, ein Essen, ein gutes Wort bekomme ich noch immer.

Vergeßt diejenigen nicht, die eingesperrt sind, die im Versteck leben, und denkt an die Familienangehörigen der einen wie der anderen. *Wir rechnen mit Eurer Hilfe!*

Ich küsse Euch alle.



Schützenpanzer in der Warschauer Innenstadt: „Eine heilbare Krankheit – oder nicht?“

aktiven Widerstand der Arbeiter in den Betrieben gebrochen; die Bereitschaft zu produzieren aber nicht so sonderlich erhöht: Selbst Behörden, die mit den Militärs eng zusammenarbeiten, mußten vorige Woche zugeben, daß um die Jahreswende in „mindestens 20 Großbetrieben nicht normal“ gearbeitet wurde. Die gesamte Industrie läuft – hauptsächlich bedingt durch den Ausfall von Rohmaterial und Ersatzteilen – zu höchstens 60 bis 70 Prozent.

Trotz des vorsichtigen Optimismus von Radio Warschau: „Die Arbeit vollzieht sich in vielen Betrieben rhythmisch“ häufen sich Berichte über Massen-Krankmeldungen und passiven Widerstand. Die Betriebsdirektoren und Manager beschwerten sich darüber, daß sie ihre Aufgaben mit noch immer gesperrten Telefonen und Fernschreibern nicht erfüllen können.

Damit ist in Gefahr geraten, was General Jaruzelski als seine „wichtigste Pflicht“ bezeichnet hatte: die Sanierung der polnischen Wirtschaft.

Von der ursprünglich auf den Jahresbeginn angesetzten Wirtschaftsreform ist ohnehin nur ein Torso übriggeblieben. Die bis zuletzt zwischen der „Solidarität“ und der Regierung umstrittene Form der Arbeiter-Selbstverwaltung wurde völlig aus dem Programm gestrichen. Zwar ist die Wirtschaftslenkung wie versprochen inzwischen weitgehend dezentralisiert. Die meisten Betriebe haben mehr Selbständigkeit bekommen, müssen sich in Zukunft aber auch selbst finanzieren.

Den Weg dazu sieht das Militärregime in kostendeckenden Preisen. Bei den bisher üblichen hohen Staatssubventionen für Konsumgüter müßten sich deren Preise mehr als verdoppeln – für die polnische Bevölkerung, ihrer kleinen Freiheiten durch das Militär beraubt, eine weitere Zumutung.

In einem Dekret, das erneute Preiserhöhungen für Mitte Januar ankündigt, hat die Regierung ihre Absicht erst einmal „zur Diskussion gestellt“. Um übermäßige Härten zu vermeiden, sei sie bereit, für die unteren Einkommenschichten „Kompensationen“, also staatliche Unterstützung, zur Verfügung zu stellen.

Wie sich die zum Teil von jeder Preisbindung befreiten Preise auf einen Binnenmarkt auswirken, der ja nicht nur an Block-üblicher Mangelwirtschaft sondern unter totaler Auszehrung leidet, ist vorerst nicht abzusehen.

„Es ist, als ob ein Kurpfuscher einen Totkranken, der an Lungenentzündung leidet, nachts in den Schnee legt, weil frische Luft gesund sei“ – so ein polnischer Wirtschaftsexperte im westlichen Exil.

Auch die drastische Abwertung des Zloty gegenüber den Westwährungen um rund 56 Prozent kommt nach Meinung vieler Experten für die polnischen Export-Betriebe zu abrupt und zu früh. Gleichwohl verkündete der Chef der staatlichen Preiskommission, Krasinski: „1983 wird es in Polen wieder volle Regale geben“.

Vorerst freilich ist das ein schöner Traum. Wenn in den polnischen Regalen überhaupt noch etwas zu finden ist, dann stammen die Waren aus dem Westen oder von den sozialistischen Brudervölkern, die auf Befehl Moskaus das bettelarme Polen seit dem Putsch wieder mit Konsumwaren unterstützen müssen. Sogar die ferne Mongolei ist mit 2000 Tonnen Rinder- und Hammelfleisch dabei.

Auch China, das lange Zeit das Wirken der „Solidarität“ mit wohlwollenden Kommentaren bedacht hatte, begrüßte nun das Vorgehen der Generäle; wohl aus der Sorge, daß das antiautoritäre Beispiel der polnischen Gewerkschaft im

eigenen Lande Schule macht. In einer Botschaft an das Militärregime versprach Peking zusätzliche Lieferungen von Schweinefleisch.

Die Sowjet-Union, spürbar erleichtert, die Drecksarbeit der erzwungenen Disziplinierung den polnischen Militärs überlassen zu können, war vorige Woche zur weiteren Stundung der polnischen Schulden bereit. Zudem ließen sich die Sowjets das Ende der gefährlichen Gewerkschaft „Solidarität“ einen neuen Polenkredit in Höhe von rund acht Milliarden Mark kosten.

Tausende von Polen, vor allem junge Arbeitskräfte, wandern auch wieder als Gastarbeiter in die benachbarte DDR, deren Grenzen seit März 1981 für den östlichen Nachbarn verschlossen waren. In Krakau startete Anfang voriger Woche ein Sonderzug, der polnische Bauarbeiter nach Guben brachte.

Junta-Chef Jaruzelski scheint zu wissen, daß die Zeit gegen ihn arbeitet und er schnellstens, wenn auch nur zum Schein, eine politische Lösung finden muß, die es ihm erlaubt, das Kriegsrecht wieder aufzuheben.

Der von ihm eingesetzte „Militärrat der Nationalen Rettung“ besteht zwar noch immer, die faktische Macht in Polen aber wird seit Jahresbeginn von acht Männern, vier Militärs und vier Zivilisten, ausgeübt:

▷ General Wojciech Jaruzelski, 58, gleichzeitig Partei- und Regierungschef; Generalmajor Michal Janiszewski, 55, Geschäftsführer des Ministerrats; Generaloberst Florian Siwicki, 56, Generalstabschef und Kandidat des Politbüros; Generalleutnant Czeslaw Kiszczak, 56, Innenminister und ehemaliger Chef des militärischen Abwehrrdienstes;

▷ Politbüro-Mitglied Stefan Olszowski, 50, Anführer des orthodoxen Parteiflügels und seit längerem als künftiger

Parteichef im Gespräch; Politbüro-Mitglied Kazimierz Barcikowski, 54, Anführer des liberalen Parteiflügels und Autor des Programms für die Parteireform; Mieczyslaw Rakowski, 55, Vizepremier, ZK-Mitglied und Verhandlungs-Experte mit der „Solidarität“; der bisher farblose Wirtschaftsexperte Janusz Obdowski, 51. Als Vizepremier ist er zuständig für die Finanzen und den Außenhandel. Obdowski war bereits Minister für Arbeit.

Zwei der Militärs im Krisen-Management, das sich „Direktorium“ nennt, haben spezielle Erfahrungen im Niederschlagen von Revolutionen: General Siwicki führte die polnischen Einheiten, die 1968 in die ČSSR einmarschierten, General Kiszczak war als Verantwortli-

diskreditierte Partei ähnlich wie János Kádár nach dem ungarischen Volksaufstand von 1956 auflösen und eine neue Partei unter anderem Namen gründen will.

Die Basis dafür soll offensichtlich die vom Direktorium angeordnete Gründung örtlicher „Komitees zur Nationalen Rettung der Nation“ schaffen; auch ehemalige Mitglieder der „Solidarität“ wurden aufgefordert, ihm beizutreten. Doch bisher haben sich Gewerkschafter in größerer Zahl nicht bekehren lassen.

Bei seinen Bemühungen, mit dem noch immer in der Nähe von Warschau unter Hausarrest gestellten Arbeiterführer Walesa zu Verhandlungen zu kommen, hat Vizepremier Rakowski auch mit den Warschauer Rechtsanwälten Si-

lung, die befiehlt und zwingt, und die Untergebenen, die im Haß schweigen müssen.“

Mit wem aus der Gewerkschaft also die Militärjunta angeblich in der vorigen Woche Gespräche geführt hat – wie vom Militärsprecher Hauptmann Górnicki bei einem Besuch in Kopenhagen verkündet – ist unbekannt; Górnicki wollte Namen nicht nennen.

Bekannt ist, daß bei Verhandlungen mit der Junta über Wirtschaftsfragen mindestens dreimal der Gewerkschafter Stanislaw Rusinek dabei war, Mitglied des Präsidiums der „Solidarität“ in der Warschauer Region. Als Kollaborateur trat im polnischen Rundfunk „Solidaritäts“-Funktionär Marek Burski aus Lodz auf, der sich als ehemaliger Streikkommissar vorstellte und die Arbeiter zur Zusammenarbeit mit dem Militär aufrief.

Prominenter ist die Liste der „Solidaritätsführer“, die sich aus dem Untergrund meldeten und in Flugblättern Mitte voriger Woche zur Vorbereitung eines Generalstreiks aufriefen.

Zu den Untergetauchten gehören der „Solidaritäts“-Chef der Warschauer Region, Zbigniew Bujak, der Gewerkschaftsführer der „Ursus“-Werke, Zbigniew Janas, und der Streikführer auf der Danziger Leninwerft und engster Walesa-Mitarbeiter Bogdan Lis.

Daß der Kampf der „Solidarität“ nach Meinung vieler Polen noch nicht zu Ende ist, ließ in einem Kommentar sogar „Radio Polonia“ über die Auswirkung des Kriegsrechts durchblicken: „Das mußte tiefe Narben in der menschlichen Psyche hinterlassen, die sich nicht wie Schweißperlen abwaschen lassen. Haben wir es mit einer heilbaren Krankheit zu tun – oder nicht?“



Ansturm auf einen Getränkeladen: „Untergebene im Haß“

cher 1970 beim blutigen Militäreinsatz gegen die Arbeiterunruhen in Danzig dabei.

Die Partei, deren Chef Jaruzelski ist, spielt bei der Lösung der polnischen Probleme auch weiterhin keine Rolle. In allen Woiwodschaften wird sie derzeit von „unzuverlässigen“ Mitgliedern – meist liberalen – gesäubert, fast 100 Spitzenbeamte, darunter fünf Woiwoden und zwei Bürgermeister, verloren ihre Ämter, weil sie „mit den neuen Aufgaben des Kriegsrechts nicht fertig geworden sind“.

Weit mehr Genossen haben die Partei seit der Junta-Herrschaft aus Protest verlassen, so der Publizist Jagiello, Vize-Chef der Kulturabteilung im ZK, und der gesamte Redaktionsstab der Wochenzeitung „Kultura“. In Bromberg haben enttäuschte Genossen nachts einen Sarg vor das Parteihaus gestellt, bis oben angefüllt mit zerfetzten Parteiausweisen.

Vieles spricht dafür, daß Jaruzelski die mit der Katastrophe belastete, schwer

la-Nowicki und Jan Olszewski Gespräche geführt.

Beide Juristen hatten nach den Arbeiteraufständen in Radom streikende Arbeiter vor Gericht verteidigt und gehörten zum Beraterstab der „Solidarität“. Doch Walesa machte immer noch zur Bedingung, daß die gesamte inhaftierte Führung der „Solidarität“ freigelassen und das polnische Episkopat an den Gesprächen beteiligt werde.

Aber auch die polnische Kirche, vor allem ihr Primas, Erzbischof Glemp, schien nicht mehr, wie noch vor dem 13. Dezember, bereit, den Dialog mit Jaruzelski wiederaufzunehmen. Die Kirche verlangte, daß zuvor das Kriegsrecht falle und wollte sich vorerst auf die Rolle des Vermittlers zwischen den Militärs und der „Solidarität“ beschränken.

Der Primas hat nach einem Besuch bei Internierten in einem Warschauer Frauengefängnis in seiner Predigt am Dreikönigstag erneut das Kriegsrecht verurteilt: „Wir möchten nicht gerne eine Gesellschaft sehen, die geteilt ist in die Füh-

RÜSTUNG

Gelber Regen

Mit einem Blatt und einem Zweig wollte die US-Regierung beweisen, daß Moskau toxische Waffen einsetzt. Eine US-Nachrüstung in solchen Waffen steht angeblich bevor.

Amerikas Außenminister war wieder einmal zu schnell. Als erste Informationen über geheime Labortests aus dem State Department in die US-Presse sickerten, ließ er sich zu der Behauptung hinreißen: „Wir haben handfeste Beweise aus Südostasien, daß die Sowjet-Union und ihre Alliierten tödliche chemische Waffen einsetzen.“ Die beschuldigten Regierungen belehrte er: „Die Benutzung solcher Toxine ist vom Genfer Protokoll von 1925 verboten.“

Das war bei seinem Berlin-Besuch am 13. September 1981. Die Beweisstücke, die Haigs Helfer im State Department in Eile kurz darauf präsentierten, wirkten

dürftig: ein Blatt und ein Zweig „von einem Busch oder Baum irgendwo an der Grenze zwischen Kambodscha und Thailand“. Und diese Beweise sind in den vergangenen vier Monaten nicht stärker geworden.

Labortests hätten ergeben, ließ Washington verlauten, daß die vorgezeigten Pflanzenteile von drei Pilzgiften, sogenannten Mykotoxinen, befallen seien: Sowjetische Transportflugzeuge vom Typ Antonow An-12 und Hubschrauber sowjetischer Bauart mit vietnamesischen Hoheitszeichen hätten die Gifte als „gelben Regen“ versprüht.

Als Opfer („einige tausend“) ortete das State Department besonders den Stamm der Hmong in Nordlaos, der während des US-Krieges in Vietnam auf Amerikas Seite gekämpft hatte. Auch die Symptome der Leiden beschrieb Washington genau: „Benommenheit, Ohnmacht, Bluthusten, Schock und Tod derjenigen, die in direkte Berührung mit den versprühten Stoffen kamen.“

Moskaus Nachrichtenagentur Tass reagierte auf die Anschuldigungen in der gewohnten Tonlage: „Böswillige Verleumdungen und antisowjetische Farce.“

Weit gewichtiger klangen die Zweifel angesehener Experten der chemischen und biologischen Kriegsführung, die die US-Regierung bis heute nicht ausräumen konnte. „Es fällt mir schwer, dies zu glauben“, wandte der Biologe Matthew Meselson von der Harvard University ein. Vom wissenschaftlichen Standpunkt sei es „ungeheuerlich“, aus nur einer Probe so weitreichende Schlüsfolgerungen zu ziehen.

Sein britischer Kollege Julian Perry Robinson von der Universität Brighton pflichtete ihm bei: Die Beweisführung des US-Außenministeriums sei „erstaunlich ungeschickt“.

Die Forscher nahmen sich besonders zwei Behauptungen des State Departments vor:

- ▷ „Diese Mykotoxine kommen in warmen Klimazonen, zum Beispiel in Südostasien, in der Natur nicht vor.“
- ▷ Drei verschiedene Pilzgifte gleichzeitig auf einer Pflanze beweisen, daß die Gifte von außerhalb herangeschafft wurden.

Forscher Robinson zum SPIEGEL: „Auch nur eine oberflächliche Durchsicht der wissenschaftlichen Literatur

zeigt, daß dies nicht stimmt.“ Mykotoxine seien auf Pflanzen in nahezu allen Bodenarten und Klimazonen zu finden – von arktischem Permafrost bis in die Wüste Sahara.

Und daß zwei Toxine auf einer Pflanze gleichzeitig vorkämen, weise die Fachliteratur bereits seit 1972 nach. Eine Studie aus Frankreich beschreibe sogar gleich drei verschiedene Mykotoxine auf einer auf natürlichem Wege verschimmelten Getreidesorte.

Was hinter Washingtons Anschuldigungen an die Adresse Vietnams und der Sowjet-Union stecken könnte, formulierte der britische Forscher vorsichtig: Noch in diesem Monat, vermutlich in seinem Bericht zur Lage der Nation am 26. Januar, wolle Präsident Reagan eine Erhöhung der Ausgaben für chemische



Opfer von C-Waffen-Tests: 6000 Schafe tot

Kampfstoffe ankündigen. Kosten für die ersten fünf Jahre des Programms: acht Milliarden Dollar.

Beide Weltmächte besitzen unbestritten bereits heute große Arsenale chemischer Waffen. Als jedoch 1969 bei einem Kampfstoff-Versuch im US-Bundesstaat Utah 6000 Schafe umkamen, unterließ Washington die Herstellung neuer C-Waffen. Eine Nachrüstung auch auf diesem Gebiet könnte einen neuen Konflikt zwischen Washington und Bonn heraufbeschwören; in der Bundesrepublik lagern US-Kampfstoffe, die längst überholt sind.

Hätten die Sowjets Giftstoffe nicht nur hergestellt, sondern auch angewendet, würde dies ein starkes Argument für eine C-Nachrüstung abgeben. So schickte denn die US-Regierung schon im Oktober vergangenen Jahres ein Experten-

team in die Hauptstädte der wichtigsten Nato-Verbündeten, um ihre Anschuldigungen gegen Moskau zu wiederholen. Überzeugende Beweisstücke konnte die Gruppe den Regierungen und ausgewählten Journalisten jedoch nicht präsentieren.

Am 22. Oktober kündigte dann John H. Holdrige, Unterstaatssekretär für Ostasien im State Department, Gewebeproben an, die von sezierten Guerillaleichen aus Kambodscha stammten. Resultate stehen bis heute aus.

Kurz darauf war sich Richard Burt, Leiter der Abteilung für politisch-militärische Fragen im Außenministerium, vor einem Senatsunterausschuß sicher: „Wir haben jetzt eindeutige Beweise.“ Harvard-Professor Meselson kontierte erneut: „Es bestehen weiterhin sehr ernsthafte Zweifel, ob die angeführten Beweise der Regierung ausreichen.“

Auf Vortragsveranstaltungen in Amerika-Häusern stellte Ende vergangenen Jahres zudem der amerikanische Journalist Sterling Seagrave ausführlich sein Buch „Gelber Regen“ vor*, das – Zufall oder Absicht – genau zum Zeitpunkt der Haig-Rede in Berlin erschienen war. Darin wiederholt Autor Seagrave, der bei seinen Recherchen in Südostasien und Afghanistan Kontakte zu Amerikas Geheimdiensten pflegte, die Behauptung der US-Administration vom Einsatz toxischer Waffen. Überzeugende Beweise vermochte auch er nicht vorzulegen.

Eine Expertengruppe der Vereinten Nationen bereitete der amerikanischen Regierung vergangenen November die nächste Enttäuschung. Im Auftrag von Generalsekretär Waldheim sollte das vier Mann starke Team unter Leitung des ägyptischen Experten Generalmajor Dr. Esmat A. Ezz den Anschuldigungen vor Ort nachgehen – Beweise für Haigs Tatarennachricht fanden auch diese Forscher nicht.

In ihrem Bericht an die Uno-Generalversammlung melden die Fachleute, sie hätten lediglich Zugang zu Flüchtlingslagern in Thailand erhalten. Dort aber waren nicht einmal die Flüchtlinge auszumachen, die das State Department als Augenzeugen der Gift-Einsätze benannt hatte.

Die Ärzte in den Lagern führten den Uno-Rechercheuren keine Opfer vor, deren Leiden eindeutig auf den Einsatz toxischer Waffen schließen ließen.

Auf der weiteren Suche nach Beweisen für den Einsatz toxischer Waffen bekam die US-Regierung jetzt unerbetene Hilfe: Robert K. Brown, Herausgeber des Söldner- und Abenteuerermagazins „Soldier of Fortune“, verspricht jedem sowjetischen oder vietnamesischen Piloten, der mit „tödlichen chemischen und/oder biologischen Stoffen“ in den Westen desertiert, eine Prämie von 100 000 Dollar. ♦

* Sterling Seagrave: „Yellow Rain. A Journey Through the Terror of Chemical Warfare“. M. Evans and Company, New York 1981, 11,85 Dollar.